



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 02. Dezember 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil): 18:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 39/09, 40/09, 42/09

(Drucksachenband 142)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0232 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung wird die Sitzungsvorlage 09-V-14-0004 - Vergabe von Prüfaufträgen an Dritte / Beteiligung des Revisionsamtes - mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit zugesetzt.
2. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

0233 **09-F-01-0110**

Rhein-Main-Hallen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2009 -

Stv. Gerich begründet den Antrag.

In die nächste Ausschusssitzung soll das Fachdezernat (Dezernat III - Stadtrat Bendel) eingeladen werden.

Einstimmig

0234 **07-A-19-0022**

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der Kurbetriebskommission

Die von Dezernat VII (ELW) schriftlich vorgelegten Empfehlungsprotokolle werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0235 **09-V-51-0058**

Ersatzneubau Kindertagesstätte Hasengarten; Genehmigung von üpl. Mitteln

Herr Raykowski (Amt für Soziale Arbeit) berichtet, dass die Mehrkosten durch

- eine Materialpreissteigerung bei Stahlerzeugnissen,
- belastetes Material, das beim Abbruch aufgetaucht ist und
- marode Entwässerungsleitungen entstanden sind.

Die ehemalige Liegehalle ist jetzt ein Gruppenraum.

Stv. Wieltch fragt nach, ob weitere Schadstoffe in der Kita vorhanden sind, was Herr Raykowski verneint.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Dezember 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

Einstimmig

0236 **09-V-14-0004**

Vergabe von Prüfaufträgen an Dritte / Beteiligung des Revisionsamtes

Einstimmig

0237 **09-V-61-0046**

Namentliches Gedenken Michelsberg - Kostenberechnung

Vors. Tollebeek berichtet, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Mittel für das Projekt zugesetzt wurden. Er fragt nach, warum es überhaupt eine Erhöhung der Kosten gäbe und was 7 % Sicherheit bedeutet.

Herr Rausch-Böhm (Stadtplanungsamt) ist für Rückfragen anwesend und berichtet, dass das Stadtplanungsamt das Projekt seit 2006 betreut. Es habe z. B. einen Wettbewerb gegeben und die Preisträgerin habe die Kostenschätzung vorgenommen.

Durch weitere Bodengutachten habe man z. B. Kenntnis von weiteren 300 Bürgern erhalten. Allein das schlage mit 200.000 € zu Buche. Außerdem sei in dem Gebiet eine dramatische topographische Situation vorherrschend. Die Beweissicherung am Michelsberg sei wesentlich umfangreicher geworden als erwartet. Man müsse mit einem Höhenunterschied von 7 m umgehen. Außerdem ist es zu einer Steigerung von Baunebenkosten gekommen.

Für Vors. Tollebeek ist es einleuchtend, dass durch die weiteren 300 Namen Mehrkosten entstanden sind. Aber die 7 m Höhenunterschied waren ja nicht unvorhersehbar.

Herr Rausch-Böhm weist darauf hin, dass der belastete Boden entsprechend entsorgt werden muss und dies mittlerweile sehr kostenintensiv sei (der Boden ist mit Arsen belastet).

Lt. Stv. Reiß ist die Arsenbelastung aber auch bekannt, da in diesem Bereich Quellen entsprungen sind.

Herr Rausch-Böhm bestätigt dies, aber weist gleichzeitig darauf hin, dass man vorher schlecht einschätzen könne, mit welchen Mengen belastetem Material gerechnet werden müsse.

Lt. Vors. Tollebeek werden in allen Sitzungsvorlagen aus diesem Fachbereich mit solchen Unwägbarkeiten Mehrkosten erklärt: mal sei der Boden schlechter als erwartet, mal sind die Mengen größer usw. Es sei einfach ärgerlich, dass bei leeren Kassen immer wieder Mehrkosten auftreten. Im vorliegenden Fall sei die Maßnahme politisch gewollt.

Dr. Bohr bestätigt, dass gerade die Entsorgungskosten erheblich gestiegen seien und die Stadt darauf auch keinerlei Einfluss habe. Es gäbe verschärfte Richtlinien; so müsse nach neuester Entscheidung des RP ein Entsorgungsnachweis geführt werden.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Dezember 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach Auffassung von Vors. Tollebeek müssen die gesetzlichen Änderungen natürlich hingenommen werden, aber das ändere nichts daran, dass die Sitzungsvorlagen transparenter gestaltet werden müssen.

Stv. Wieltsh fragt nach, ob denn mit noch weiteren Mehrkosten gerechnet werden müsse oder ob die Kosten jetzt valide überprüft worden seien.

Auf eine Nachfrage von Stv. Reiß zu Pos. 749 Punkt 3 erklärt Prof. Dr. Pös, dass bei Vorhaben in solchen Hanglagen vorher ein Gutachten eingeholt werden **muss**, man müsse sich so weit es geht absichern.

Stv. Gerich erklärt für seine Fraktion zu Protokoll, dass sich diese bei der Abstimmung enthalten werde, da im Haushalt keine Eckwerte für diese Maßnahme eingestellt worden sind.

Prof. Dr. Pös erklärt zu seinem Haushaltsbudget, dass gerade in seinem Bereich Projekte in Millionenhöhe zu Buche schlagen. Man wolle auf keinen Fall mit den Kosten spekulieren, sondern habe die vorgesehenen Maßnahmen so dargestellt, wie sie kalkulierbar waren. Man wolle gerade mit dem hier behandelten Projekt bis zur Wahl fertig sein.

Enth. SPD und BLW

0238 09-V-66-0319

Frostschadenprogramm in Wiesbaden - zusätzliche Mittel

Einstimmig

0239 09-V-66-0324

Fußgängerunterführung am Bahnhofplatz - Kostendarstellung und Finanzierung

Einstimmig

0240 Verschiedenes

Für die nächste Sitzung des Ausschusses am 27.01.2010 ist als Tagungsort das Revisionsamt in der Konradinerallee vorgesehen. Es soll auch eine kleine Führung durch die Räumlichkeiten erfolgen.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

nicht öffentliche Sitzung

0243 07-A-19-0002

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Der mündliche Bericht von Frau Schupp (Antikorruptionsbeauftragte) wird zur Kenntnis genommen:

Präventive Maßnahmen

- Das Handbuch zur Korruptionsprävention ist bereits vergriffen und musste nachgedruckt werden.
- Die Compliance-Richtlinie ist im Entwurf fertig gestellt und ausgewählten städt. Gesellschaften zugestellt worden. Evtl. Änderungen können bis Mitte/Ende Dezember bei Frau Schupp eingereicht werden.
Sobald die Richtlinie beschlussreif ist, wird sie in einer gesonderten Veranstaltung dem Ausschuss vorgestellt.
- Frau Schupp wird an einer Fortbildungsveranstaltung speziell für den Compliance-Bereich teilnehmen.
- Die Schulung der Inspektoranwärter/innen hat stattgefunden. Zukünftig soll flächendeckend die Schulung aller Verwaltungsfachangestellten durch Frau Schupp erfolgen.

Einzelanfragen

- Es kommt immer wieder zu Einzelfanfragen meistens in Bezug auf Annahme von Belohnungen.

Altfälle

- Im Bereich der ELW gibt es Teilgeständnisse bei der illegalen Bauschuttentsorgung. Das staatsanwaltlich Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.
- Im Bereich der Feuerwehr hat es eine anonyme Anzeige gegeben, die Vorfälle ohne konkrete zeitliche und personelle Zuordnung aufzeigt. Die allgemeine Revisionsprüfung hat keine Anhaltspunkte für korruptes Verhalten ergeben. Die private Nutzung der Werkstätten ist den Feuerwehrbediensteten in der Bereitschaftszeit gestattet.
Es sollte zukünftig transparenter nachgewiesen werden, wer wann mit welchem Material welchen Werkstattbereich nutzt.
- Bei den HSK hat es ebenfalls eine anonyme Anzeige gegeben. Nach Prüfung durch das Revisionsamt haben sich keine Anhaltspunkte für eine persönliche Bereicherung o. ä. ergeben.
- Eine weitere anonyme Anzeige erfolgte für das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften. Es sollen Erdablagerungen im Bereich des Petersweges nicht genehmigt gewesen sein. Die Anzeige hat sich als haltlos erwiesen, da alles vertraglich abgesichert und nachvollziehbar war.

Die Bürgerliste Wiesbaden hat sich mit einem Prüfauftrag direkt an die Antikorruptionsbeauftragte gewandt (Ausschreibungen im Rahmen des Planungsverfahrens Künstlerviertel - SEG) Es wird zunächst geprüft werden müssen, ob sich daraus ein Prüfauftrag für die Antikorruptionsbeauftragte ergibt bzw. wie mit dem Auftrag umgegangen werden kann.

Der nächste Bericht von Frau Schupp wird in ca. 6 Monaten gegeben werden.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0244 09-A-19-0008

mdl. Sachstandsbericht des Revisionsamtes zur geplanten neuen Revisionsordnung

Herr Zenzen berichtet über die geplante neue Revisionsordnung und zeigt dazu eine Power-Point-Präsentation.

Vors. Tollebeek erwartet, dass der Oberbürgermeister und der Vorsitzende des Revisionsausschusses zeitgleich die Prüfberichte des Revisionsamtes erhalten. Eine spätere Information hält er für den falschen Weg.

Herr Löber (Revisionsamt) weist auf einen Grundsatzbeschluss hin, in dem festgelegt wurde, dass der Revisionsausschuss Prüfaufträge direkt an das Revisionsamt erteilen kann und dann direkt vom Revisionsamt über den Ausgang der Prüfung informiert wird. Es ist aber nicht festgelegt worden, dass der Revisionsausschuss über alle Prüfaufträge des Revisionsamtes unterrichtet wird.

Lt. Vors. Tollebeek wird dazu möglicherweise zeitnah ein Antrag eingereicht.

Stv. Gerich hofft, dass das Revisionsamt mit dem vorhandenen Personal die zukünftig angedachten Prüfungen auch wird vornehmen können.

Herr Zenzen weist darauf hin, dass bereits in 2009 keine Amtsprüfungen stattgefunden haben, man habe sich auf gesetzliche Prüfaufträge konzentrieren müssen. Allein durch die Einführung der doppik benötige man jetzt Prüfer, die sich ähnlich wie die Mitarbeiter der KPMG in dieser Art Buchführung auskennen. Er stellt den Personalstand in seinem Amt dar:

1 Mitarbeiter sei aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand getreten, 1 Mitarbeiter habe aus Krankheitsgründen die Arbeitszeit reduziert, außerdem seien in seinem Bereich viele ältere Mitarbeiter beschäftigt, die Schwierigkeiten haben, sich auf die doppik umzustellen.

Das Revisionsamt müsse außerdem zeitlich wesentlich schneller agieren, da der Gesetzgeber für die Prüfung des Gesamthaushaltes den 30.06. des Folgejahres festgelegt habe.

Er weist außerdem darauf hin, dass die Konzernrevision noch einmal ein anderes Thema sei. Das Projekt werde zeigen, ob man alles selber machen könne oder externe Prüfer ins Boot hole oder evtl. Mischformen anbieten muss. Im Moment sei z. B. auch noch nicht klar, was die angedachte Prüfung der HSK bedeute.

In etwa 1 Jahr dürfte klar sein, was wirklich benötigt werde.

Eine Besonderheit bei der Kalkulation des Personalbudgets des Revisionsamtes war z. B. auch, dass der ehemalige Amtsleiter, Herr Edel am 01.06.2007 ausgeschieden ist und die Kosten dieser Stelle im neuen Haushalt nicht mehr kalkuliert wurden. Die Personalkosten für Herrn Zenzen müssten aber sehr wohl getragen werden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass die jetzt laufenden Haushaltsplanberatungen das richtige Forum seien, um evtl. Mehrbedarf anzumelden und sichert auch Unterstützung zu.

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Dezember 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0245 Verschiedenes nicht öffentlich

Vors. Tollebeek bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen über den Datenschutzbericht 2008 unterrichtet zu werden.

Er fragt außerdem nach einem Systemausfall von 2 Tagen, der aber geklärt ist. Der exchange-Server war ausgefallen. Jetzt laufe der Betrieb aber normal weiter.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 01.2010

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Tollebeek

Reitz

Koba